

Anwesende: Lt. Liste

Sitzungsprotokoll 10.11. 2012

1. Begrüßung durch den Vorstand

Nahezu pünktlich begrüßte Frau Sabine Leber-Hoischen stellvertretend für den Vorstand der ARGE die anwesenden Elternbeiratsvorsitzenden, Herrn Schweizer vom LMZ KA, Herrn Wurz vom Reg.Präs. KA und Herrn Widmann für den Realschullehrerverband Baden-Württemberg.

2. Bericht des Vorstandes

Ganz kurz ging man auf die bisherige Tätigkeit des Vorstands ein, der sich seit der Gründungsversammlung im Mai 2012 mehrfach in Östringen traf, um die Arbeitsverteilung innerhalb der Vorstandschaft zu besprechen, mögliche Themenschwerpunkte zu erarbeiten und Infos dazu zu recherchieren, die heutige 2. Sitzung vorzubereiten, eine Homepage zu installieren und zu pflegen, die Einladung und den Fragebogen zu erarbeiten und zu versenden und über das LMZ die Raumfrage zu klären.

3. Vortrag von Herrn Wurz vom Regierungspräsidium Karlsruhe zur aktuellen Situation /

4. Frage- und Diskussionsrunde dazu

Herr Wurz erläuterte seine Tätigkeit beim Reg.Präs. KA, bei der er unter anderem für die Lehrerversorgung und Lehrereinstellung zuständig ist. Der Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung hätte weitreichende Folgen für alle weiterführenden Schulen, weil sich dadurch die Heterogenität der übertretenden Schüler in den neu zu bildenden 5. Klassen erheblich verstärkt hätte. Diesbezüglich sei es oberste Priorität, die Kompetenz der Grundschullehrer hinsichtlich der Beratung und dem Führen entsprechender Elterngespräche zu stärken. Entsprechende Weiterbildungen würden bereits laufen. Die Einführung von G8 habe große Auswirkungen auf die Realschulen gehabt. An den Gymnasien, an denen sowohl G8 als auch G9 angeboten würden, würde der G9-Zug stärker nachgefragt. Weitere wichtige Themen seien die Ganztagschulen und die Inklusion, bei der es hinsichtlich der Umsetzung im 1. Kalenderhalbjahr 2013 noch viele Fragezeichen gäbe. Gerade die Entscheidung, ob man den Eltern ein absolutes Elternwahlrecht einräumen wolle oder nicht, sei nicht einfach zu treffen, da dies wegen der Infrastruktur an den Schulen mit vielen Schwierigkeiten versehen wäre. Seit Einführung der Gemeinschaftsschule gäbe es im Bezirk des Regierungspräsidiums Karlsruhe 4 derartige Schulen, die gerade erst ihre Arbeit aufgenommen hätten. Die Realschulen selbst hätten eine tolle Entwicklung hinter sich als Mittelglied zwischen Berufsausbildung und Weiterbildung auf beruflichen Gymnasien oder Fachhochschulen nach abgeschlossener Ausbildung. Für die Realschulen sei jetzt die Ausweitung der Bilingualität sehr wichtig und auch die Umsetzung der AC Kompetenzanalyse. Die Realschulen müssten wegen der Zunahme der unterschiedlichen Schularten stärker als bisher klare Positionierungen vornehmen, wobei dem Regierungspräsidium bewusst wäre, dass dies in hohem Maß von den Gegebenheiten beim jeweiligen Schulträger abhinge.

Dann kam Herr Wurz auf ein Thema zu sprechen, das deutlich machte, wie unterschiedlich es von den verschiedenen Partnern wahrgenommen wird:

Hinsichtlich der Unterrichtsversorgung zeichnete er ein aus seiner Sicht sehr zufriedenstellendes Bild der Lehrerversorgung, was bei den Sitzungsteilnehmern nicht auf Zustimmung stieß. Zum Schuljahresbeginn seit laut Schulämtern durchgehend der Pflichtunterricht gesichert gewesen. Die Realschule hätte nach seinen Ausführungen einen guten Schlüssel über den Pflichtbereich (gemeint ist hier der Ergänzungsbereich) hinaus – hier müssten die Schulleiter klug kalkulieren und geschickt beantragen, dann bekämen sie in aller Regel auch die beantragten Stunden. Die Schulleiter müssten aber auch von ihrem Anspruchsdenken hinsichtlich Noten der Lehrer abrücken und auch einem Lehrer mit einem etwas schlechteren Notenschnitt eine Chance geben, was ja nicht automatisch darauf schließen ließe, dass jemand damit automatisch auch der „schlechtere“ Pädagoge sei. Schließlich läge die pädagogische Erst- und Auswahl allein bei der Schule. Die Vertretungssituation sei vom Kultusministerium zur obersten Priorität erklärt worden und der Lehrerbestand um 200 Stellen erhöht worden sowie weitere 200 neue Stellen für 2013 fest eingeplant.

Das Gremium erfuhr weiter, dass dem Regierungspräsidium Karlsruhe € 13 Mio. nur für die KV-Versorgung (aber sämtlicher Schularten) zur Verfügung steht und weitere € 2,5 Mio. für die Abgeltung von Überstunden. Die entsprechenden Stunden seien auch ausdrücklich als Krankheitsvertretung auszuweisen und Lehrer würden hierfür mit befristeten Arbeitsverträgen jeweils von Schuljahresanfang bis Schuljahresende ausschließlich der Sommerferien eingestellt.

Für Lehrer in Teilzeit würde bei Überstunden in aller Regel ein Arbeitszeitkonto geführt und so ein Ausgleich geschaffen. Er machte weiter deutlich, dass die Schulleiter, die geschickt beantragen, die notwendigen Lehrerstellen und KV in aller Regel auch bekommen und dass die Staatlichen Schulämter als Ansprechpartner da alles in ihren Möglichkeiten Stehende unternehmen.

Er räumte aber auch ein, dass aufgrund der späten Ferienlage von Baden-Württemberg häufig schon schwierig sei, weil viele Lehrer nach Auslaufen ihres auf Schuljahresende befristeten Arbeitsvertrages in die benachbarten Bundesländer Hessen und Rheinland-Pfalz abwandern würden. Hier kam von Seiten der Anwesenden der Hinweis, dass man auf politischer Ebene verstehen müsse, dass eine Befristung der Arbeitsverträge für gerade junge Lehrer eine nicht hinzunehmende Einschränkung darstelle, denn gerade die jungen Lehrer bräuchten schließlich eine Alternative im Hinblick auf ununterbrochene Erwerbsbiographien und Familiengründung. Würde den Lehrern wieder eine Alternative auf eine ununterbrochene Erwerbsbiographie geboten, würde auch der Anreiz zur „Landflucht“ entfallen. Der Hinweis auf die derzeit an den Realschulen verpflichteten Gymnasiallehrern ist aus Sicht von Herrn Wurz ebenfalls positiver zu werten, als dies bei den Anwesenden verstanden wird. Auch hier wurde die Meinung geäußert, dass das „Parken“ der Gymnasiallehrer für 3 Jahre in den Realschulen dazu führen könnte, dass Realschullehrer in andere Bundesländer abwandern müssten. Herr Wurz verneinte dies vehement und bat um Benennung von Lehrern, bei denen dies der Fall wäre – ihm sei derartiges jedenfalls nicht bekannt.

Im Hinblick auf die Krankheitsvertretungen erfuhren wir, das - was den Neckar-Odenwald-Kreis sowie die Landkreise Calw und Freudenstadt anbelange -, 29 Lehrer mit 662 Stunden Krankheitsvertretung eingestellt worden seien, wobei auf das Schulamt KA 5 Lehrer mit 138 Stunden, auf das Schulamt Mannheim 9 Lehrer mit 220 Stunden, auf das Schulamt Pforzheim 12 Lehrer mit 283 Stunden und auf das Schulamt Rastatt 52 Stunden entfielen. Weitere 2 Lehrer stünden zusätzlich noch zur Sonderversorgung zur Verfügung. Der Bereich „Musik“ sei übrigens auch zwischenzeitlich bestens versorgt.

Die Lehrereinstellung erfolge häufig auch über die Zusatzqualifikation „Krankheitsvertretung“, weil es sich hierbei eben häufig auch mal um Lehrer mit einem schlechteren Notenabschluss oder mit familiären Einschränkungen handele. Im Realschulbereich jedenfalls gäbe es so gut wie keine Warteliste.

Hinsichtlich des Themas „Lehrerfortbildung“ sei es so, dass nicht immer Fortbildungsmaßnahmen außerhalb der Schulzeiten möglich seien, weil es auch nicht allzu viele geeignete Seminaranbieter gäbe. Andererseits sei die Genehmigung von Fortbildungsmaßnahmen eine der originären Aufgaben der jeweiligen Schulleiter, die diese Aufgabe dann auch im Sinne des reibungslosen Schulablaufs lösen müssten.

Auf eine konkrete Rückfrage, wohin man sich wenden müsse, wenn Klassen (unter dem Klassenteiler liegend) entgegen einer vorherigen Zusage dann doch zusammengelegt würden, gab Herr Wurz als Reihenfolge die Anrufung der Schulkonferenz, die Einschaltung des zuständigen Schulamtes und als letzte Instanz die Anrufung des Regierungspräsidiums selbst vor.

Die Faustformel für den Lehrerbedarf an einer Schule gab er so an:

$$\text{Schülerzahl} : 30 = \text{Klassenzahl} \times \text{Pflichtstunden} + \text{Ergänzungsbereich}$$

Zum Schuljahresbeginn (wie oben bereits ausgeführt), sei dies auch stets gewährleistet, allerdings gab er zu, dass dies bei der ersten Krankheitswelle bereits keine Gültigkeit mehr hat. Auch dem Einwand aus dem Gremium, dass es sich hierbei stets nur um eine 100%ige stundenmäßige Versorgung und nicht um einen qualitativen Unterricht handeln muss, konnte er zustimmen. Sobald es sich nicht um eine mehrwöchige (zusammenhängende) Krankheit oder um eine bereits angemeldete Elternzeit handelt (also z.B. bei Schwierigkeiten während der Schwangerschaft einer Lehrerin), bricht das Konstrukt zusammen, weil nach Meinung des Gremiums zu knapp kalkuliert wird.

Herr Wurz gab zu bedenken, dass er für die Lehrerversorgung in 98 staatlichen Schulen im Regierungspräsidiumsbezirk Karlsruhe zuständig ist und dass sich Fortbildungen nicht immer in die Ferienzeit legen lassen und auch Klassenfahrten weiterhin möglich sein müssten.

Aus dem Gremium wurde diesbezüglich angeregt, regionale Pools zu bilden, um kurzfristiger auf Engpässe an Schulen reagieren zu können. Außerdem wurde darauf hingewiesen, dass LRS-Förderung oder Differenziertes Fördern eigentlich Stunden sind, die nicht in den Ergänzungsstundenbereich gehören, sondern in den Pflichtstundenbereich, weil dies ja eigentlich „Stoff“ aus dem Deutsch-Unterricht (und möglicherweise sogar aus dem Fremdsprachenunterricht, wo sich LRS auch auswirken kann) und damit aus einem Kernfach ist. Gleiches gilt für Dyskalkulie in Mathematik (und damit dem differenzierten Fördern in Mathematik).

Aus dem Gremium kam auch der Einwand, dass hinsichtlich der Stunden das Ganze transparenter öffentlich gemacht werden müsse. Es müsse z.B. klar sein, dass wegen der Bildung von Fächerverbänden (NWA, MUM, EWG usw.) mehr Stunden aus dem Ergänzungsbereich genommen würden. Eigentlich müssten aufgrund dieser Fächerverbindungen (und gerade in NWA wegen der Klassenteilung, die notwendig und sinnvoll ist, weil sonst Projektarbeiten gar nicht möglich seien) ja sogar mehr Stunden zur Verfügung gestellt werden und nicht weniger.

Innerhalb des Gremiums vertrat man die Meinung, dass die Mangelverwaltung (die die RPs vornehmen müssten) auch bei äußerster Maximierung nicht abgeschafft würde. Die größten Probleme seien sicherlich die „Landflucht“ nicht festangestellter Lehrer, die äußerst enge Planung von Lehrerstellen überhaupt, die nicht vorherzusehenden Probleme, die während Schwangerschaften und später durch die Elternzeit auftreten (kurzfristige Erkrankungen könnten nur mit regionalen Pools sinnvoll aufgefangen werden). Gerade in Bezug auf die kurzfristigen Erkrankungen wurde als Beispiel eine Firma gebracht, an deren Band wegen häufiger kurzer Erkrankungen bei fehlenden Krankheitsvertretungen ein Millionenschaden entstehen würde. Es könne ja nicht sein, dass auf politischer Ebene nicht das Verständnis vorhanden ist, dass die Bildung unserer Kinder das wichtigste Gut ist und deshalb bildlich gesprochen das „Band der Bildung“ nie zum Stillstand kommen darf. Dass dies nicht eintritt, liegt jedenfalls nicht an den Entscheidungsträgern, sondern daran, dass gerade die Realschulen – mehr noch als alle anderen Schulformen – innerhalb der Schule, innerhalb des Orts, innerhalb des Schulträgerbezirks stets selbst nach Ausweichmöglichkeiten suchen und jonglieren und oft am Rand des Abgrunds entlang.

Während der Frage- und Diskussionsrunde durch die Anwesenden zeigte sich jedenfalls einmal mehr, dass das, was auf politischer Ebene geplant und vorgegeben wird und was über die Regierungspräsidien und Schulämter bei den Schulen und insbesondere bei den Eltern ankommt, sehr voneinander abweicht.

Im Anschluss an die doch sehr ausführliche und natürlich emotionale Diskussion wurde Herr Wurz mit großem Dank aus dem Gremium verabschiedet.

5. Vortrag von Herrn Widmann vom RLV BW

Herr Widmann vom RLV BW stellte sich zunächst vor, bedankte sich für die Einladung zur ARGE-Sitzung und erläuterte kurz, dass der RLV ein kleiner, nur für die Realschulen zuständiger Verband ist und neben den weiteren Lehrerverbänden VBE und GEW existiert. Er selbst sei Musik- und Religionslehrer, sei Schulleiter einer Realschule und eben Verbandsvertreter. Als solcher zeigte er dem Gremium auf, was für den RLV die wichtigsten Forderungen an die politisch Verantwortlichen ist:

- 5.1 Die Weiterentwicklung des Bildungsplans – ein neuer soll 2014 gültig werden;
- 5.2 Das Sprachprofil an den Realschulen muss weiterentwickelt werden, warum nur Französisch als 2. Fremdsprache. Es muss möglich sein, wahlweise auch Spanisch, Chinesisch, Türkisch oder eine andere Fremdsprache zu erlernen;
- 5.3 Das NWA-Profil muss gestärkt werden – gerade bei den 10. Klassen muss eine Veränderung erfolgen, um den Anschluss zu einer Berufsausbildung oder zu den beruflichen Gymnasien zu verbessern;
- 5.4 Da der Wechsel auf die regulären Gymnasien nach Klasse 5 fast nicht mehr möglich ist, muss sich auch hier etwas verändern; ebenso ist eine engere Verzahnung zu den beruflichen Gymnasien notwendig, wenn das mehrgliedrige Bildungssystem Bestand haben soll;
- 5.5 Auch der IT-Bereich muss gestärkt werden, an vielen Realschulen ist der Erwerb des ECDL immer noch nicht möglich, was aber notwendig ist – dies muss Standard an allen Realschulen werden;

- 5.6 Durch die Vielfalt der unterschiedlichsten Schularten innerhalb eines Orts ist eine stärkere Profilierung der Realschulen im Ort notwendig, dies muss unterstützt werden
- 5.7 Die Realschulen müssen in der verstärkten Gründung von Bildungspartnerschaften unterstützt werden, um die Praktikumsituation der Realschüler zu verbessern;
- 5.8 Der RLV würde sich die Einführung von Fachabteilungsebenen an den Realschulen wünschen, um die Schulleitungen zu entlasten, damit diese ihren originären Aufgaben wieder besser gerecht werden können. Häufig sind diese durch zusätzliche Unterrichtstätigkeiten belastet oder durch Planungstätigkeiten im Ganztags schulbereich;
- 5.9 Der RLV möchte die Einführung eines 11. Schuljahr mit der Möglichkeit des Erwerbs des Fachabiturs und zur besseren Vorbereitung auf den Übergang an die Beruflichen Gymnasien erreichen;
- 5.10 Der RLV wünscht sich die engere Kooperation der verschiedenen Schularten innerhalb eines Schulträgerbezirks: hier sollen die Kommunen eigene Lösungen nach den örtlichen Gegebenheiten entwickeln. Konkurrenz belebe das Geschäft – allerdings müssten Strukturentwicklungspläne mit längerfristigem Blick entwickelt werden;
- 5.11 Der RLV strebt feste KV-Reserven an den Schulen, feste AG-Stunden an den Schulen (durch Genehmigung von mehr und festen AG-Stunden für die Lehrer) von den politischen Entscheidungsträgern;
- 5.12 und in Richtung der Schulleiter:
Die Planung ressourcenschonender Lehrerfortbildungen und die Planung pädagogischer Tage – wie dies bereits vorgeschrieben ist – auf unterrichtsfreie Tage (und hier ging die Empfehlung in Richtung Elternbeiratsvorsitzender: Diese sollten in der Schulkonferenz darauf achten, dass dies auch so eingehalten wird).

Im Hinblick auf den Vortrag und die Frage- und Diskussionsrunde von Herrn Wurz vom RP KA bestätigte Herr Widmann, dass das Regierungspräsidium und die jeweiligen Schulämter zwar stets bemüht seien, allen Schularten und Schulen gerecht zu werden, aber dennoch eine klare Ungleichbehandlung der Realschulen gegenüber den Gymnasien, Gemeinschaftsschulen und Ganztagschulen hinsichtlich der Lehrerversorgung und Krankheitsvertretungen festzustellen sei. Dies ließe sich auch durch die zitierten Statistiken nicht vom Tisch wischen. Und dies sei auch für den RLV und insbesondere die ihm angehörenden Realschullehrer eine höchst unbefriedigende Situation.

Aus seiner Erfahrung als Schulleiter und Realschullehrer könne er jedenfalls z.B. feststellen, dass das Doppelstundenprinzip kaum durchführbar sei und dass es ohne Leistungsbereitschaft und Einsatzwillen (sowohl bei den Schülern als auch bei den Lehrkräften) nicht gehen würde. Die nach Meinung des RLV fehlende „Selektion“ bei den Gemeinschaftsschulen sei nicht unbedingt immer genügend Ansporn für den einen oder anderen Schüler. Letztlich hinge aber auch und gerade bei den Realschulen vieles von einer gutgemachten differenzierten Förderung ab.

Auch bei Herrn Widmann bedankte sich das Gremium für seinen Vortrag.

6. Vorstellung von Herrn Schweizer vom LMZ KA

Herr Schweizer stellte in sehr anschaulicher und ausführlicher Art und Weise das LMZ Karlsruhe und die vielfältigen Möglichkeiten vor, die die LMZ landesweit zu bieten haben und zwar nicht nur für die Schulen direkt und die Lehrer, sondern auch für Schüler und Eltern. Er gab uns wichtige Tipps und nannte uns zahlreiche Links, die wir über die Schulhomepages an „unsere“ Eltern weitergeben können. Beim LMZ kann man sich als Schule (aber auch als Eltern) z.B. über geeignete Whiteboard-Software informieren, bevor man diese anschafft und das LMZ testet derzeit gerade Tablets auf deren Funktionalität für den Unterricht, so dass man sich als Schule und Lehrkraft auch diesbezüglich vor einem Kauf informieren kann.

Herr Schweizer bat darum, hinsichtlich des LMZ gerne Werbung durch Mitnahme der ausgelegten Werbematerialien oder durch entsprechende Veröffentlichungen auf der Schulhomepage zu machen.

Herrn Schweizer wurde ebenso ein großer Dank ausgesprochen, denn es ist nicht selbstverständlich, einen so tollen Raum so bestens vorbereitet kostenlos zur Verfügung gestellt zu bekommen.

7. PAUSE

Da der 2. Sitzungstag zu diesem Zeitpunkt aufgrund der angeregten Diskussions- und Fragerunden mit den beiden Referenten Wurz und Widmann bereits weiter fortgeschritten als geplant war, beschloss man an dieser Stelle, nur noch kurz ein paar Dinge aus den eingegangenen Fragebögen bekannt zu geben und sodann den Sitzungstag zu beschließen.

Deswegen entfielen die Tagesordnungspunkte

8. Vorstellungsrunde der anwesenden Elternbeiräte mit Bekanntgabe der Fragebogen-Informationen
9. Bearbeitung der eingereichten Themen und Erarbeitung einer daraus resultierenden Pressemitteilung

und man schritt zur

10. Nachwahl wegen ausscheidender Vorstandmitglieder

Aufgrund der Tatsache, dass 3 der bisherigen Vorstandmitglieder aufgrund des Ausscheidens aus dem jeweiligen Elternbeirat auch hinsichtlich der ARGE aus ihrem Amt ausscheiden, war die Nachwahl dreier neuer Vorstandmitglieder notwendig.

Auf Bitten der Anwesenden wurde über den etwaigen Zeitaufwand und das tatsächliche Procedere hinsichtlich notwendiger Sitzungen gesprochen.

Danach waren 3 der Anwesenden bereit, sich der Wahl zu stellen, so dass mit einer offenen Abstimmung per Handzeichen

1. Frau Gabi Kolb, Friedrich-Realschule
2. Herr Bernd Paul, LFR Oberderdingen
3. Herr Gert Ruland, JPH-Realschule

die verbliebenen Vorstandmitglieder künftig aktiv unterstützen.

Die bisherigen Vorstandmitglieder bleiben mit ihrem Knowhow und ihren Verbindungen der ARGE-Vorstandschaft beratend erhalten, was seitens der verbliebenen Vorstandmitglieder dankend angenommen wurde. So wird Herr Wirth die Auswertung der Fragebogen-Aktion an alle Vorstandmitglieder vermailen, sobald die neue mail-Verteilerliste erstellt ist (was wiederum von Frau Haaf vorgenommen wird).

Die nächsten Termine sollen via email kurzfristig abgestimmt werden. Zunächst wird an einer gemeinsamen Presseerklärung gearbeitet, sobald das ausführliche Protokoll durch die Protokollantin Carmen Haaf an die ARGE-Vorstandschaft verteilt wurde. Frau Haaf kümmert sich weiter um die Aktualisierung der Homepage, bat hierzu aber auch um Unterstützung aus der ARGE-Vorstandschaft.

11. Sonstiges

Die anwesenden EBV wurden gebeten, innerhalb ihres Umkreises den direkten Kontakt zu anderen Elternbeiratsvorsitzenden der Realschulen zu suchen und um Kontaktdaten zu bitten, damit baldmöglichst ein direkter Verteiler erstellt werden kann. Der Umweg über die Schulserver sei leider sehr „verlustreich“, was möglichst vermieden werden soll. Wünschenswert wäre die Etablierung von Stammtischen in kleinerem Kreis mit Bildung von Arbeitsgruppen, die der ARGE-Vorstandschaft zuarbeiten könnten. Auf diese Art und Weise könnten auch unterjährig Presseveröffentlichungen und ggfs. auch mal eine Podiumsdiskussion geplant werden.

Frau Leber-Hoischen, die die gesamte ARGE-Sitzung bestens moderierte, bedankte sich bei den Erschienenen und schloss die Sitzung um 14.45 Uhr.

gez. Carmen Haaf

Vorstandsmitglied der ARGE RS RB KA